

Jan Erik Schulte und Michael Wala (Hg.)
Widerstand und Auswärtiges Amt

Jan Erik Schulte und Michael Wala (Hg.)

**Widerstand
und Auswärtiges Amt**

DIPLOMATEN GEGEN HITLER

Siedler

Bildnachweis

bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte: 270; Gedenkstätte Deutscher Widerstand: 150, 181; Library of Congress, Harris & Ewing Collection: 20; Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes: 50, 70, 102, 134, 198, 210, 224; Privatarchiv Anne Nelson: 82; Privatarchiv Stintenburg: 34; Privatarchiv Clarita von Trott zu Solz: 168; Sota-Arkisto (Kriegsarchiv), Helsinki: 116; United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Robert Kempner: 250.



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-N001967

Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte Papier *Munken Premium Cream* liefert Arctic Paper Munkedals AB, Schwede.

Erste Auflage

Copyright © 2013 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Rothfos + Gabler, Hamburg

Satz: Ditta Ahmadi, Berlin

Reproduktionen: Aigner, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany 2013

ISBN 978-3-8275-0015-1

www.siedler-verlag.de

Inhalt

Gegen den Strom

Diplomaten gegen Hitler

JAN ERIK SCHULTE und MICHAEL WALA 7

Diplomaten im Widerstand gegen Hitler

Außenpolitische Konzepte und Initiativen

HANS MOMMSEN 11

Republikaner ohne Republik

Friedrich von Prittwitz und Gaffron und der Widerstand der Botschafter

MICHAEL WALA 21

Individualist und Diplomat

Albrecht Graf von Bernstorff

REINHARD R. DOERRIES 35

Widerstand und Wiedergutmachung

Der traurige Fall des Otto von Strahl

MARTIN KRÖGER 51

Einsamer Widerständler und Spion im Auswärtigen Amt

Fritz Kolbe

LUCAS DELATTRE 71

Nur seinem Gewissen verpflichtet

Rudolf von Scheliha

ANNE NELSON 83

Erkundungen in der Grauzone

Der Diplomat Gerhart Feine im Zweiten Weltkrieg

KARSTEN LINNE 103

Überwintern in der »Auffangstellung«?

Wipert von Blücher und der konservative Widerstand

MICHAEL JONAS 117

Gestapo und nationalkonservative Opposition bei Kriegsbeginn <i>Der Fall Eduard Brücklmeier</i>	
JAN ERIK SCHULTE	135
Tod als Opfer für eine bessere Zeit <i>Hans Bernd von Haeften im Widerstand</i>	
GÜNTER BRAKELMANN	151
Der Widerstandskämpfer <i>Adam von Trott zu Solz und das Auswärtige Amt</i>	
BENIGNA VON KRUSENSTJERN	169
Gestapo, »Volksgerichtshof« und Auswärtiges Amt nach dem 20. Juli 1944	
JOHANNES TUCHEL	181
Ambivalenz und Paradox bei der Durchsetzung der NS-Judenpolitik <i>Heinrich Wolff und Wilhelm Melchers</i>	
FRANCIS R. NICOSIA, CHRISTOPHER R. BROWNING	197
Offizier und Diplomat <i>Ernst von Weizsäcker in Kaiserreich, Weimarer Republik und »Drittem Reich«</i>	
LARS LÜDICKE	225
»Im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten« <i>Ernst von Weizäckers Opposition aus Sicht der US-Anklage</i>	
DIRK PÖPPMANN	251
»Es wurde ganz wacker Widerstand geleistet« <i>Geschichtsbilder und Personalpolitik im Auswärtigen Amt nach 1945</i>	
ECKART CONZE	271
<i>Dank</i>	286
<i>Anmerkungen</i>	287
<i>Die Autoren</i>	346
<i>Personenregister</i>	347

Gegen den Strom

Diplomaten gegen Hitler

Es gehört zu den Gründungsmythen der Bundesrepublik Deutschland, dass es im Auswärtigen Amt einen breit angelegten Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gegeben hat, und so wurden die zumeist konservativen und bürgerlichen Diplomaten schnell zu Kronzeugen der neuen Bundesrepublik. Diese in der Nachkriegszeit konstruierte Geschichte des Widerstands diente der Orientierung, unterstützte und prägte die Selbstverortung von Individuen, Gruppen und Institutionen. Sie legitimierte auch das politische Selbstverständnis des demokratischen Deutschland und stilisierte das Auswärtige Amt zu einer tragenden Säule der neuen Republik.

Bei der kritischen Untersuchung dieser »ersten« Geschichte des Widerstands der Diplomaten und der Mechanismen ihrer Entstehung stellte sich jedoch heraus, dass der Widerstand im Auswärtigen Amt tatsächlich eher gering war und es schwierig ist, eine klare Grenze zwischen Mittäter und Widerständler zu ziehen. Eine geschlossene Opposition »des« Auswärtigen Amtes gegen Hitler hat es jedenfalls nicht gegeben. Wie bedeutsam diese Auseinandersetzung mit der gesichert scheinenden Geschichte des Widerstandes für die heutige Diskussion ist, die weit über eine reine Fachdiskussion hinausgeht, zeigt sich auch an den vielfältigen und teilweise kontroversen Reaktionen auf den Band *Das Amt und die Vergangenheit*.¹ Eine Beschäftigung mit dem Widerstand und dem Auswärtigen Amt muss folglich sowohl vor dem Hintergrund der aktuellen wie auch der historischen Debatten geschehen.

Die Bedeutung von Angehörigen des Auswärtigen Amtes, die wichtige Funktionen im Widerstand ausübten, ist unbestritten. Über die bekannten Personen hinaus, die in den Staatsstreich gegen Hitler am 20. Juli 1944 involviert waren, sind in der historischen Forschung neue Namen aufgetaucht, Diplomaten, die Widerstand gegen das Regime geleistet haben und dabei andere Formen als die des Tyrannenmordes wählten. Auch sie finden in diesem Band einen Platz. Die hier versammelten biographischen Skizzen sind also Teil einer »zweiten« Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Im Zuge ihrer Forschungen blicken die Verfasser auch hinter die Kulissen einer interessengesteuerten Konstruktion des Widerstandes im Auswärtigen Amt. Bereits in den alliierten Nachkriegsprozessen und danach im Rahmen des Neuaufbaus des Auswärtigen Amtes in der Bundesrepublik dienten ja Hinweise auf den Widerstand der individuellen wie kollektiven Legitimation von Verhalten im »Dritten Reich«. Anders als beispielsweise ehemalige Wehrmachtsoffiziere suchten die vormaligen Beamten des vom Hitler-Gefolgsmann Joachim von Ribbentrop geführten Amtes in der Nachkriegszeit die Nähe zu den als Widerständlern bekannten Personen ihrer Behörde. Bis heute sind die Widerstandskämpfer aus dem Auswärtigen Amt Identifikations- und Galionsfiguren für deren kollektive Identität.

Die Forschungen vor allem der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass nur wenige Mitarbeiter des Amtes tatsächlich als Widerständler bezeichnet werden können. Die meisten haben das nationalsozialistische Terrorregime durch ihre Arbeit mitgetragen und dessen Ziele zum Teil nicht nur willig, sondern mit Verve unterstützt. Aber es hat auch Diplomaten gegeben, die gegen das Regime gearbeitet und sich ihm verweigert haben. Sie hatten häufig Verbindungen zum militärischen oder zum zivilen Widerstand, der sich in bestimmten Kreisen oder um einzelne Personen formierte. Aber diese Widerständigen haben im Auswärtigen Amt kein umfassendes Netzwerk gebildet, ihre Aktionen waren kaum miteinander verbunden. Es gab unterschiedliche, sich teilweise überlappende, doch auch völlig voneinander unabhängig agierende Netzwerke, vorwiegend aber individuellen Widerstand, Opposition oder Resistenz. Da die Gravitationszentren der Opposition außerhalb des Amtes lagen, konspirierten die Angehörigen oder Pensionäre des Amtes häufig mit Mitgliedern von Widerstandszirkeln außerhalb des diplomatischen Dienstes.

Wenn es einen Widerstand »des« Auswärtigen Amtes nicht gab, muss die Frage nach der Beziehung zwischen Auswärtigem Amt und Widerstand gestellt werden, danach, welche Bedeutung die Zugehörigkeit zum Amt für die einzelnen Widerstandskämpfer hatte. Tatsächlich waren einige wichtige Vertreter der Opposition überhaupt keine Amtsangehörigen mehr, sondern pensioniert oder entlassen. Für sie war es nicht mehr ein Widerstand »aus« dem Amt.

Doch wie lässt sich überhaupt eingrenzen, was als Widerstand gelten kann? Die historische Forschung hat sich hierüber seit langem Gedanken gemacht. Vielfältige Versuche, Opposition, Gegenarbeit, Resistenz, Dissens, Eigensinn und »innere Immigration« voneinander abzugrenzen sowie fließende Übergänge von Nonkonformität über Verweigerung und Protest bis zum Wider-

stand herauszuarbeiten² sind das Resultat. Im vorliegenden Band fassen wir den Widerstand weit.³ Dadurch wird es möglich, Personen und Handlungen in den Blick zu nehmen, die sonst womöglich unerkannt und unbeachtet geblieben wären. Das heißt aber auch, dass das Handeln der Einzelnen besonders kritisch untersucht wird und auch regimekonformes Verhalten, Anpassung, Mitläufertum und Täterschaft benannt werden. Wie weit ein Widerstand ging, ob überhaupt Opposition vorlag oder wie die entsprechenden Handlungen einzuordnen sind, ist für jeden Fall gesondert zu bewerten. Es werden hier auch Personen vorgestellt, deren Widerstand umstritten und zweifelhaft war oder deren Distanz zum Regime nur der eigenen Selbstwahrnehmung entsprang. Weil in diesem Band sehr verschiedene Biographien versammelt sind, können die unterschiedlichen Facetten des Widerstands im Auswärtigen Amt verglichen, eine differenzierte Gesamtschau auf seine Protagonisten geboten und nach gegebenenfalls vorhandenen Zusammenhängen gefragt werden. Welche Beziehungen gab es also zwischen den Protagonisten, wie entstanden sie, wie wurden sie gepflegt und welche Bedeutung hatten sie für das individuelle Widerstandshandeln?

Im Mittelpunkt der meisten Beiträge stehen jeweils individuelle Entscheidungen, die aus der historischen Perspektive deutlich gemacht werden. Die zeitgenössischen Rahmenbedingungen für Beweggründe und Handlungsalternativen werden detailliert herausgearbeitet. Persönliche Motive und Ängste fanden im Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime zusammen, aber nur die Kontinuitäten, Brüche und Ambivalenzen in den individuellen Lebensläufen können erklären, warum der Einzelne, warum hoch angesehene Diplomaten ihre Karriere riskierten, ihre Familien in Gefahr brachten und ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten, um Widerstand zu leisten.⁴ Das Leben dieser Diplomaten bestand ja nicht nur aus Widerstand, sondern hatte viele andere Facetten. Es gab eine Existenz davor und, wenn sie das »Dritte Reich« überlebten, auch ein Leben danach. Familie, Freunde, Karriere spielen hierbei durchaus keine untergeordnete Rolle.

Überzeugungen entstehen nicht über Nacht, sie sind Resultat eines mehr oder weniger langen Prozesses von Aneignung, Veränderung und Überprüfung von Ansichten und Haltungen in sich verändernden Zusammenhängen. In den Beiträgen in diesem Band werden diese Prozesse verfolgt, und es wird beschrieben, wie die Diplomaten zu der Erkenntnis kamen, dass sie Verantwortung tragen und Schuld auf sich laden würden, wenn sie das verbrecherische NS-Regime unterstützten. Wir können so besser verstehen, wie die Entscheidung

reifte, gegen den Strom der Millionen Anhänger Hitlers und der meisten Kollegen im Auswärtigen Amt zu schwimmen und dabei nicht nur Wohlstand und Karriere, sondern auch das eigene Leben zu riskieren.

Jan Erik Schulte und Michael Wala

im Mai 2013

Diplomaten im Widerstand gegen Hitler

Außenpolitische Konzepte und Initiativen

HANS MOMMSEN

Zu den führenden Repräsentanten der Bewegung des 20. Juli 1944 gehört eine Reihe von Spitzendiplomaten. Ulrich von Hassell, der ehemalige deutsche Botschafter in Rom, und Hans Bernd von Haefthen, stellvertretender Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, sind hier exemplarisch zu nennen. Beide wurden vom »Volksgerichtshof« zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Gleichwohl trifft die Feststellung zu, dass die Regimegegner im Amt eine kleine Minderheit bildeten, überwiegend isoliert voneinander agierten und keine geschlossene Oppositionsbewegung darstellten. Allerdings unterscheiden sie sich darin nicht von der Bewegung des 20. Juli insgesamt, die auf konspirative Methoden verzichtete und informelle Organisationsformen bevorzugte. Dies trug dazu bei, dass die Gestapo der bürgerlichen Opposition im Vergleich zu linksgerichteten Widerstandsgruppen nur geringe Aufmerksamkeit schenkte.

Es wäre jedoch irreführend, deshalb die Oppositionellen im Auswärtigen Dienst mit dem Etikett des »Außenseiters« zu belegen.¹ Es handelte sich zwar um eine kleine Gruppe von Akteuren, aber sie nahmen innerhalb des Amtes durchweg führende Positionen ein, und wenngleich sich ihre Wege rasch trennten, ist doch eine gemeinsame Prägung durch das Amt zu konstatieren, die in der Anerkennung bürokratischer Grundsätze und dem Eintreten für staatliche Ordnung bestand.²

Indessen sind die Bemühungen von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, im Spätsommer 1938 einen militärischen Konflikt mit Großbritannien zu verhindern, nicht der späteren Opposition zuzuordnen. Zwar verfolgte er eine alternative Außenpolitik zur Reichsregierung, lehnte deren Ziele jedoch nicht rundweg ab, wenn er sich für eine »chemische Auflösung« der Tschechoslowakei aussprach. Aber zu seinem engeren Stab gehörten Persönlichkeiten, die im weiteren Verlauf der Widerstandsbewegung zuzurechnen sind. Andererseits ist unstrittig, dass Erich Kordt, der mit Hans Oster in Verbindung stand, über

seine Instruktion für die Londoner Verhandlungen klar hinausging, indem er die Voraussetzungen für einen Regierungsumsturz schaffen wollte.³ Desgleichen stand für die sich anlässlich der Sudetenkrise formierende deutsche Opposition das Motiv der Kriegsverhinderung eindeutig im Vordergrund. Das Einlenken Großbritanniens durchkreuzte bekanntlich die Absicht, Hitler im Wege eines Staatsstreichs auszuschalten. Insofern gehörte diese Episode nicht in den Zusammenhang mit dem sich innerhalb des Auswärtigen Amtes entfaltenden Widerstand.⁴

Bis zum Kriegsbeginn gab es daher eine gewisse Parallelität zwischen der vom Auswärtigen Amt verfolgten Linie und den außenpolitischen Konzepten des sich formierenden deutschen Widerstands. Dafür war charakteristisch, dass Ernst von Weizsäcker am Morgen des 31. August 1939 – und damit unmittelbar vor dem deutschen Angriff auf Polen – den in den Wartestand versetzten Ulrich von Hassell zu bewegen suchte, bei dem britischen Botschafter Nevile Henderson auf privater Ebene vorzusprechen, um die Polen im letzten Moment zur Nachgiebigkeit zu bewegen, was dann nicht mehr erfolgte.⁵

Damit wandte sich Weizsäcker an den vielleicht bedeutendsten Vertreter der Diplomatie im Widerstand.⁶ Ulrich von Hassell, Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges und Anhänger des Kaiserreichs, war eng vernetzt in die preußische Führungselite. Als Karrierediplomat fand er rasch breite Anerkennung.

Unter dem Eindruck der wilhelminischen Tradition stand von Hassell der Weimarer Republik fern und lehnte das parlamentarische System ab. Durch die Heirat mit der Tochter des Großadmirals von Tirpitz mit glänzenden gesellschaftlichen Kontakten ausgestattet, trat er schon vor dem Ersten Weltkrieg in den diplomatischen Dienst ein, doch behinderte eine schwere Kriegsverletzung seine Karriere, die ihn 1919 nach Kopenhagen und dann nach Rom führte, wo er im September 1933 zum Botschafter ernannt wurde. Als Mitglied der DNVP engagierte er sich in der Politik und trat als jungkonservativer Publizist hervor.⁷

Um seine Position in Rom zu festigen, vollzog von Hassell eine Annäherung an die NSDAP und trat am 1. November 1933 in die Partei ein. Von Anfang an ergaben sich Differenzen mit Vertretern der NSDAP in Rom über die Methoden einer verantwortungsvollen Außenpolitik. Divergenzen mit Ribbentrop, zu denen innerparteiliche Querelen hinzutraten, zwangen ihn 1938 zum Rücktritt. Er wandte sich dagegen, über den Ausbau einseitiger Beziehungen zum faschistischen Italien den aus seiner Sicht notwendigen Ausgleich mit Großbritannien zu gefährden, und lehnte die NS-Rabaukenpolitik ab.

Trotz des von Ribbentrop veranlassten Rücktritts als deutscher Botschafter fühlte sich von Hassell weiterhin als Angehöriger des Auswärtigen Amtes. Zunächst in den Wartestand versetzt, hoffte er bis in die 1940er Jahre hinein, in den Auswärtigen Dienst zurückkehren zu können, und übernahm auch eine Reihe von Sonderaufgaben, bevor Hitler die endgültige Entlassung anordnete. Er hatte sich zunächst mit dem NS-Regime arrangiert, nicht weil er die NS-Außenpolitik guthieß, aber weil er die Hoffnung hegte, durch eine geschickte Behandlung Mussolinis eine Mäßigung des expansiven »Appetits« des deutschen Diktators zu erreichen.

Auch wenn von Hassell nicht mehr dem Amt angehörte, war er doch nach wie vor einflussreich. Dank seiner ausgedehnten Kontakte wurde er zu einem unentbehrlichen Verbindungsmann zwischen den Mitgliedern der sich formierenden Opposition. So knüpfte er seit Oktober 1939 persönliche Kontakte mit Carl Goerdeler und Ludwig Beck und war der führende Kopf bei der Erarbeitung der ersten Neuordnungspläne der bürgerlichen Opposition. Wie die Tagebuchaufzeichnungen beweisen, gehörte er inzwischen zu den dezidiertesten Kritikern des NS-Regimes und insbesondere der von ihm als verhängnisvoll betrachteten deutschen Annexionspolitik. Neben seiner umfassenden publizistischen Tätigkeit widmete Hassell sich von nun an der sich formierenden Opposition. Nicht zuletzt wegen seiner engen persönlichen Beziehung zu Generaloberst Beck konzentrierte sich vieles auf ihn. Er war so etwas wie der ruhende Pol, und er suchte zwischen kontroversen Positionen im Kreisauer Kreis zu vermitteln. Zum Auswärtigen Amt blieben die persönlichen Kontakte weiterhin erhalten. Das galt in erster Linie für Hans Bernd von Haeften, den stellvertretenden Leiter der 1940 begründeten Informationsabteilung, der seinerseits enge Kontakte mit Adam von Trott zu Solz unterhielt.

Was den im Auswärtigen Amt herausgebildeten Kreis von oppositionell eingestellten Diplomaten anging, so ist neben Erich Kordt vor allem Hasso von Etzdorf zu nennen, der wiederum enge Kontakte zu Wilhelm Canaris, Hans Oster und Hans von Dohnanyi von der Abwehr besaß. Diesem Freundeskreis gehörten im Amt vor allem Gottfried von Nostitz und Albrecht von Kessel an. Zu ihnen stieß der im kirchlichen Außenamt tätige Theologe Eugen Gerstenmaier. Sympathisanten dieser Opposition waren Eduard Brücklmeier, der ursprünglich vom Stab Ribbentrop kam, und der Chinaexperte Franz Josef Furtwängler. Wenngleich diese kleine Gruppe von Gesinnungsverwandten nur eine verschwindende Minderheit innerhalb der Beamtenstäbe des Auswärtigen Amtes ausmachte, sollte sie doch in der Bewegung des 20. Juli eine wichtige

Funktion einnehmen. Denn die an der Verschwörung beteiligten Angehörigen des Auswärtigen Amtes spielten sowohl im Goerdeler-Kreis wie im Kreisauer Kreis fast durchweg eine zentrale Rolle, und zwar sowohl was die Planungen für einen künftigen Staatsaufbau als auch für die außenpolitischen Zielsetzungen angeht. Wenngleich sie zum Teil bereits aus dem aktiven Dienst ausgeschieden waren, wie insbesondere Ulrich von Hassell, oder erst vergleichsweise spät in den Auswärtigen Dienst eintraten, wie Adam von Trott zu Solz, waren sie namentlich in außenpolitischen Fragen unentbehrliche Berater, wobei sie in aller Regel ihre langjährigen außenpolitischen Kontakte und Erfahrungen einbrachten.

Es handelt sich um eine stattliche Liste von Diplomaten, die mit dem Widerstand im Amt verbunden waren. Neben den bereits genannten Ulrich von Hassell, Hans Bernd von Haeften, Albrecht von Kessel, Adam von Trott zu Solz, Gottfried von Nostitz, Eduard Brückmeier und Franz Josef Furtwängler waren das etwa Karl Helfrich, Nikolaus von Halem und Herbert Mumm von Schwarzenstein – um nur einige zu nennen.

Die Frage, warum gerade Mitglieder des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Bewegung des 20. Juli eine zentrale Rolle gespielt haben,⁸ verlangt eine differenzierte Antwort. Breite Auslandserfahrung, besserer Zugang zu vertraulichen Informationen und in der Regel ein größerer Bewegungsspielraum sowie mehr Reisemöglichkeiten als ihre Landsleute wirken zusammen. Man könnte ein spezifisches Profil dieser Honoratiorengruppe entwerfen und sie als Ersatzelite für die weitgehend fehlende Weimarer politische Klasse bezeichnen. Es handelt sich fast durchweg um Angehörige des Bildungs- und Besitzbürgertums mit einem breiten Bildungshintergrund, starken künstlerischen und kulturellen Interessen, aber gering ausgeprägten parteipolitischen Bindungen. Von anderen Gruppen des 20. Juli, etwa den Angehörigen des Goerdeler-Kreises, unterscheiden sie sich in der Regel durch eine umfassende Auslandserfahrung und häufig durch persönliche Kontakte vor allem zur politischen Führungsschicht in Großbritannien und den USA. Bei diesen Kontakten spielte das Auswärtige Amt als Institution eine besondere Rolle. Ein verdeckter Meinungsaustausch zwischen den oppositionell eingestellten Diplomaten vollzog sich in der 1939 geschaffenen und bald zur Mammutbehörde anwachsenden Informationsabteilung.

Angesichts der nicht immer übereinstimmenden Meinungen unter den Verschwörern lässt sich festhalten, dass die Diplomaten in außenpolitischer Beziehung überwiegend an die konservative Tradition des Amtes anknüpfen,

wenngleich sie in die Preisgabe des Nationalstaatsprinzips zugunsten eines europäischen Staatenbundes einwilligten. Ulrich von Hassells Denkschrift »Deutschland zwischen Ost und West« vom Frühjahr 1944 war in vieler Hinsicht der wilhelminischen Tradition verpflichtet. Hassell betonte die deutsche »Mittellage«, warnte aber davor, »eine Art Option zwischen Ost und West vorzunehmen« und für eine einseitige Westbindung einzutreten. Er berief sich dabei auf die Bismarcksche Außenpolitik, die durch dessen Nachfolger desavouiert worden sei.⁹ Von Hassell wies wiederholt auf die Konsequenzen hin, die sich aus der geographischen Mittellage ergaben. Für ihn erwuchs daraus eine Fürsorgepflicht Deutschlands für die europäischen Klein- und Mittelstaaten. Er wandte sich gegen die Vorstellung, dass die deutsche Politik eine Option für oder gegen den Westen zu treffen habe, räumte aber ein, dass die außenpolitische Konstellation seit 1918 es notwendig gemacht habe, eine Art »Mühlespiel« in dieser Frage zu betreiben, zumal angesichts der Durchsetzung des Bolschewismus. Aber er betonte ausdrücklich, dass er einer Gewinnung Englands für ein gemeinsames Vorgehen in der Russlandfrage den Vorzug einräume.¹⁰

Wie die Mitverschwörer des 20. Juli gab sich Hassell der Hoffnung hin, dass die Gefahr einer Bolschewisierung Europas die Westmächte dazu bewegen könnte, den Weg zu einer konstruktiven Politik gegenüber dem Deutschen Reich einzuschlagen, namentlich im Hinblick auf die nach Beendigung des Krieges notwendig werdenden territorialen Neuregelungen. Für die Bewegung des 20. Juli war kennzeichnend, dass sie den Gedanken weiter verfolgte, trotz der klaren ideologischen Divergenz ein Arrangement mit der Sowjetführung anzustreben. Dahinter stand die Erwartung, dass auf mittlere Sicht der Sturz des bolschewistischen Systems unausweichlich sei. In den zahlreichen Denkschriften, die auch an die englische und amerikanische Adresse gerichtet waren, wurde für die zu schaffende Umsturzregierung zugesichert, die Integrität Russlands zu erhalten und in klarem Gegensatz zu dem von Hitler formulierten Vernichtungsziel mittelfristig zu einer engen Zusammenarbeit des Deutschen Reiches mit Russland zu gelangen.

Zusicherungen dieser Art blieben jedoch wenig konkret, und sie wurden von den Westmächten mit Gleichgültigkeit aufgenommen, da sie an dem Bündnis mit Moskau festhielten. Die Vorstellung der Verschwörer, im Hinblick auf die von deutscher Seite beschworene kommunistische Gefahr einen Frontwechsel vorzunehmen, wenigstens in Form von Garantien für die angestrebte Übergangsregierung, war daher unreal. In den Neuordnungsplänen sowohl des Goerdeler-Kreises wie der Kreisauer nahm die Sowjetunion eine Leerstelle ein.

Was die außenpolitischen Planungen der Verschwörung anging, so rückte Adam von Trott zu Solz auf Grund seiner Verbindungen zu London und Washington in eine Spitzenposition auf. Er hatte vor seinem Eintritt in den Auswärtigen Dienst enge Kontakte zu den Vereinigten Staaten knüpfen können, obwohl er erst 1938, parallel zu seinen Chinakontakten, Beziehungen zu führenden Politikern in den Vereinigten Staaten aufnahm. Anders als seine deutsch-amerikanischen Gesprächspartner war Trott bei seinem erneuten Besuch in den USA 1939 nicht bereit, eine Niederlage Deutschlands als Voraussetzung für die von ihm propagierte internationale Friedensregelung zu betrachten. Aber auch unabhängig davon war seine Friedensmission in den USA zum Scheitern verurteilt, ebenso galt das für seine 1939 in London geführten Gespräche, da das Misstrauen in seine Glaubwürdigkeit nicht beseitigt werden konnte. Nicht anders ging es Ulrich von Hassell, der überdies Mühe hatte, ernstzunehmende Gesprächspartner aufzutun. Die gemeinsame Kritik Hassells, Trotts, Kessels und Moltkes, aber auch Goerdelers richtete sich gegen die in Casablanca beschlossene Übereinkunft der Alliierten, Deutschland eine »bedingungslose Kapitulation« abzufordern.

Mit dem Eintritt in die 1939 geschaffene Informationsabteilung, in der er für den Bereich des Fernen Ostens, insbesondere Indien, zuständig war, konnte Adam von Trott seine Kontakte zu oppositionell eingestellten Persönlichkeiten intensivieren. So vertiefte sich die freundschaftliche Beziehung zu dem zugleich mit Hassell in Verbindung stehenden Hans Bernd von Haeften, einem Kreisauer, der trotz seiner konservativen Grundeinstellung in vieler Hinsicht mit den Auffassungen Trotts übereinstimmte, wie aus dessen Tagebuch eindrucksvoll hervorgeht.¹¹ Hans Bernd von Haeften hielt zugleich engen Kontakt zu Helmuth von Moltke, zu Dietrich Bonhoeffer und Adam von Trott zu Solz, die maßgeblich an den außenpolitischen Planungen der Verschwörung beteiligt waren. Sie stimmten mit der Auffassung von Hassells überein, dass es notwendig sei, bei einer künftigen Friedensregelung Deutschland als Großmacht zu stabilisieren, um einem Vordringen der Sowjetunion nach Westen vorzubeugen. In den für Großbritannien oder die USA bestimmten Denkschriften der Opposition, so schon im Friedensprogramm der amerikanischen Kirchen, das vom November 1943 stammte, und noch immer in dem Memorandum Moltkes vom Dezember 1943, war der Gedanke niedergelegt, Deutschlands Vormachtstellung in Mitteleuropa als Gegengewicht zur Sowjetunion zu erhalten.¹²

Bereits im Schönfeld-Memorandum vom 31. Mai 1942¹³ wird der Gedanke vorgetragen, mit der Zusicherung, die russische Staatlichkeit zu erhalten und

auf territoriale Expansion zu verzichten, die britische Politik dafür zu gewinnen, einem russischen Vordringen nach Mitteleuropa entgegenzutreten. »Eine kommunistisch-bolschewistische Entwicklung Deutschlands und die Entstehung eines deutschen National-Bolschewismus« sei »die bedrohlichste Zukunftsgefahr« für Deutschland, heißt es in dem Moltkes Vorstellungen wiedergebenden Memorandum aus Istanbul.¹⁴ Desgleichen bestand bei den verschiedenen Gruppen der Bewegung des 20. Juli Konsens über die Zusicherung einer konstruktiven Haltung gegenüber Russland und einer guten künftigen Zusammenarbeit. Mit der Beschwörung der für die Friedenssicherung in Kontinentaleuropa unentbehrlichen Stabilität Deutschlands verknüpfte sich das Motiv, bei den angelsächsischen Partnern für die alliierte Kooperation mit der geplanten Umsturzregierung zu werben.

Trott verfolgte ähnliche Überlegungen, die er in der verloren gegangenen Denkschrift »Deutschland zwischen Ost und West« niederlegte.¹⁵ Er hatte dabei nicht nur die außenpolitische beziehungsweise diplomatische Ebene vor Augen, sondern verknüpfte seine Analyse mit einer dezidierten Kritik des westlichen Kapitalismus. Hinter der tiefsinnigen Formulierung von der anzustrebenden Synthese vom »Realprinzip« des Ostens mit dem »Personalprinzip« des Westens stand die Vision einer neuen europäischen Ordnung mit Deutschland als Vermittler. Trott sprach von der »Unentbehrlichkeit« des deutschen Elements in jeder zukünftigen, insbesondere europäischen Friedensordnung.¹⁶ Indem er Ideengänge Ulrich von Hassells modifizierte, versuchte er die Nachteile der »deutschen Mittellage« in Vorzüge umzudeuten.

Visionen und Überlegungen dieser Art stießen jedoch gerade bei den britischen und US-amerikanischen Gesprächspartnern auf keinerlei Resonanz. Ebenso wenig gelang es, Kontakte zur sowjetischen Botschafterin, Alexandra Kollontaj, herzustellen, die Trott im Juni 1944 in Stockholm aufsuchen wollte. Parallel dazu scheiterten die Versuche, diplomatische Beziehungen zu Stalin aufzunehmen. Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, erklärte sich zwar dazu bereit, doch das Vorhaben, ihn durch die deutschen Linien nach Osten zu schleusen, unterblieb, weil der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Günther von Kluge,¹⁷ dagegen votierte. Bezeichnenderweise wurde Schulenburg, der als der beste Kenner der Sowjetunion galt, neben von Hassell als künftiger Außenminister des Umsturzkabinetts ins Auge gefasst.

Im Unterschied dazu gingen Adolf von Harnack und Harro Schulze-Boysen, die führenden Köpfe der »Roten Kapelle«, davon aus, dass Deutsch-

land gegen die Sowjetunion von vornherein militärisch unterlegen war und der Ostkrieg mit einer Niederlage enden würde. »Ein Endsieg des nationalsozialistischen Deutschland ist nicht mehr möglich«, hieß es in Schulze-Boysens Flugschrift »Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk« von Anfang 1942. »Jeder kriegsverlängernde Tag bringt nur unsagbare Leiden und Opfer.«¹⁸ Durch die eingehende Beschäftigung mit der inneren Entwicklung der Sowjetunion gelangten er und Harnack zu einer weit illusionsloseren Betrachtung der Kriegslage, als es selbst bei Claus Schenk von Stauffenberg und Henning von Tresckow der Fall war.¹⁹

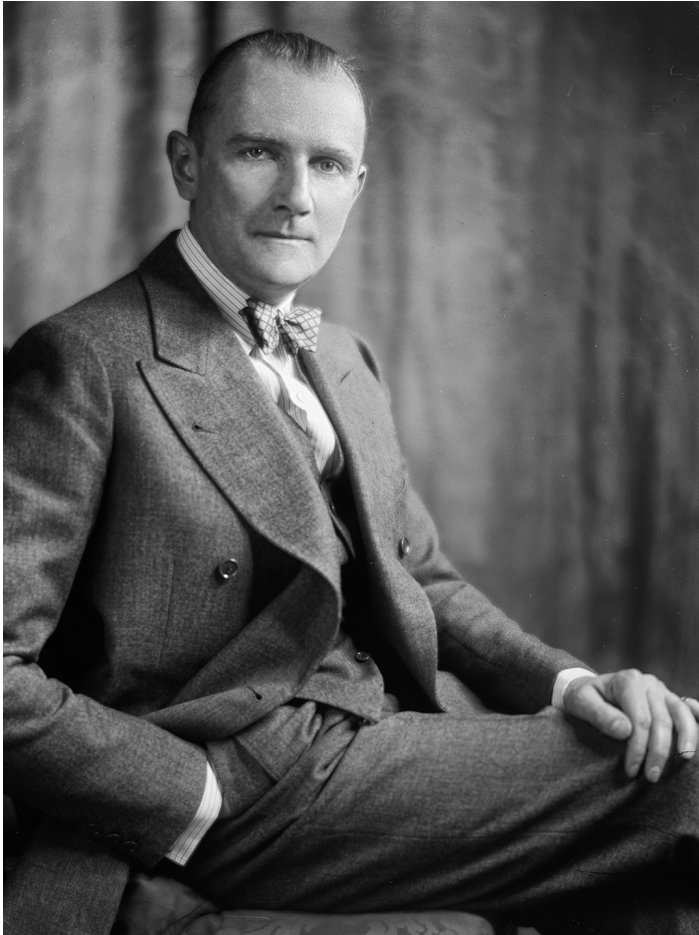
Der von der »Roten Kapelle« unternommene Versuch, durch die Weitergabe kriegswichtiger Informationen an die Sowjetunion ein Vorfeld für eine Verhandlungsoption nach der Niederlage des NS-Regimes zu schaffen, war sicherlich nicht frei von Illusionen, unterschied sich durch die Tat jedoch von dem bloßen Abwarten der Mehrheit des Widerstands, sieht man von den Ansätzen bei Hans Bernd von Haeften und Friedrich Werner von der Schulenburg ab. Was den nationalkonservativen Kern der Bewegung des 20. Juli – und zu ihm gehörten die mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung stehenden Diplomaten – angeht, blieben sie überwiegend dem Konzept der deutschen »Mittellage« und der historischen Führungsrolle Deutschlands im Nachkriegs-europa verhaftet.

Es liegt nahe, die Rolle von Angehörigen des Auswärtigen Amtes in erster Linie mit den außenpolitischen Konzepten der Verschwörer in Verbindung zu bringen, zumal Persönlichkeiten wie von Hassell, Trott oder Hans Bernd von Haeften nicht weniger intensiv an den innen- und verfassungspolitischen Plänen der Verschwörung beteiligt waren. Aber es vermittelt ein falsches Bild, wenn man das zum alleinigen Kriterium für die Zugehörigkeit zum Widerstand gegen Hitler machen wollte. Die so ehrenvolle Rolle von Fritz Kolbe beim Kampf gegen die Judenvernichtung geriete damit aus dem Blick, ebenso die vielfältigen Bemühungen, dem Regime in die Speichen zu fallen durch Hilfestellung für Verfolgte und Opfer der rassenpolitischen Verbrechen der Nationalsozialisten. Ein klassisches Beispiel dafür ist das oppositionelle Verhalten Rudolf von Schelihas noch im Vorfeld seiner Kontakte zur Bewegung des 20. Juli. Seine durch Ulrich Sahn verfasste Biographie²⁰ zeigt, wie falsch es wäre, die Teilnahme am Widerstand nur über die Mitwirkung an Staatsstreichs- und Neuordnungsplänen zu definieren. Neben der Mehrheit von angepassten oder nationalsozialistisch indoktrinierten Beamten darf die Gruppe derer, die sich vom Regime fern hielten, nicht unbeachtet bleiben. Die Eingren-

Diplomaten im Widerstand gegen Hitler

zung des Widerstandsbegriffs auf den Umsturzversuch des 20. Juli führt dazu, das auch in Bezug auf den Apparat des Auswärtigen Dienstes tatsächlich vorhandene, von der Resistenz bis zum Rückzug ins Private sich erstreckende Oppositionspotential zu vernachlässigen.

Es ist in dieser Beziehung von Interesse, die konkreten außenpolitischen Strategien innerhalb des Amtes zu untersuchen und den Zusammenhang mit den innerhalb der Bewegung des 20. Juli 1944 geführten Debatten näher zu beschreiben. Die einseitige Ausrichtung auf die Judenverfolgung behindert einen solchen Vergleich. Allerdings scheinen von den Expertenstäben des Amtes auch keine größeren Impulse auf die Festlegung der außenpolitischen Minimalziele des Regimes ausgegangen zu sein. Hingegen haben Persönlichkeiten wie Ulrich von Hassell, Friedrich Werner von der Schulenburg und Adam von Trott zu Solz maßgebend auf die außenpolitischen Konzepte der Bewegung des 20. Juli eingewirkt.



Friedrich von Prittwitz und Gaffron

Republikaner ohne Republik

Friedrich von Prittwitz und Gaffron und der Widerstand der Botschafter

MICHAEL WALA

Es ist der neueren Widerstandsforschung zu verdanken, dass Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron nicht mehr nur eher beiläufig erwähnt wird, wenn über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus gesprochen wird. Der nach 1945 von vielen seiner ehemaligen Kollegen geschnittene Prittwitz hätte sicherlich Gefallen daran gefunden, dass der große Konferenzsaal der deutschen Botschaft in Washington, D.C., nun seinen Namen trägt und dass dort sein Demissionsschreiben vom März 1933 prominent ausgestellt ist. Aber er hätte wohl auch angemerkt, er habe nur seine Pflicht als Vertreter Deutschlands und in seinem Selbstverständnis als Republikaner und Demokrat erfüllt. Als er sich nach der Wahl am 5. März 1933, bei der die nationalsozialistisch dominierte Regierung bestätigt wurde, eingestehen musste, dass er Pflicht und Selbstverständnis endgültig nicht mehr in Einklang miteinander bringen konnte, trat er von seinem Amt als deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten zurück. Er war der einzige Spitzendiplomat, der 1933 diesen Schritt wagte.

Für Prittwitz war dies folgerichtig, geradezu selbstverständlich, es war der Ausdruck der Geradlinigkeit und politischen Grundhaltung, die sich im Laufe seines Lebens nicht von ungefähr herausgebildet hatte. Er war liberal und welt-offen erzogen worden, hatte mit der früh verwitweten Mutter längere Zeit im Ausland, insbesondere in Italien, gelebt. Im Jahr 1907 war er an der Universität Leipzig mit einer Arbeit über »Die bewaffnete Neutralität, ihre theoretische und praktische Bedeutung« promoviert worden und im darauffolgenden Jahr in den diplomatischen Dienst eingetreten.¹ Gleich seine erste Dienststelle als jüngster Attaché – und möglicherweise prägend – war die deutsche Botschaft in Washington unter Botschafter Johann Heinrich Graf von Bernstorff.² Es folgten die Politische Abteilung im Auswärtigen Amt und die Botschaft in St. Petersburg, wo er den Beginn des Ersten Weltkriegs erlebte. Der Leutnant der Reserve Prittwitz nahm an den Kämpfen teil, wurde aber schon Anfang November 1914 verwundet und kehrte ins Auswärtige Amt zurück. Von April 1918 an diente er zwischenzeitlich als Adjutant des neuen Reichskanzlers Prinz Max von Baden.

Zusammen mit Kurt Riezler baute er später das Deutschland-Referat im Auswärtigen Amt auf.³

Bis hierin war dies die Bilderbuchkarriere eines schlesischen Adligen. In diese Zeit fällt aber auch Prittwitz' begeisterte Hinwendung zum, wie er es nannte, »Linksliberalismus«. Es folgte die Gründung der »Gesellschaft vom 16. November«, die viele jüngere Mitglieder des Auswärtigen Amtes anzog. Darunter waren Bernhard Wilhelm von Bülow, Albrecht Graf von Bernstorff und Alexander Fuehr.⁴ Sie plädierten in einem Aufruf »An Deutschlands Jugend!« für die Zusammenarbeit aller Stände in einem sozialen Volksstaat auf demokratischer Grundlage und forderten, in der Außenpolitik »die Gesinnung der Gewalt für ewig zu bannen. Nicht laute Machtgebärden, sondern zäher Kampf um unser Recht mit den Mitteln des Rechts!« Die Mitglieder traten geschlossen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei, und Prittwitz versuchte sogar, allerdings erfolglos, bei der ersten Reichstagswahl ein Mandat zu erringen.⁵

Anfang Oktober 1920 wurde Prittwitz als Konsul nach Triest gesandt und knapp vier Monate später zum stellvertretenden Botschaftsrat in Rom ernannt. Zusammen mit Botschafter Constantin Freiherr von Neurath nahm er an der internationalen Weltwirtschaftskonferenz in Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922 und den Vorbereitungen des Rapallo-Vertrags teil.⁶ Prittwitz war beteiligt an den Aushandlungen eines Handelsvertrages zwischen Italien und Deutschland, eines Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags sowie eines Abkommens über die Freigabe beschlagnahmten deutschen Vermögens in Italien.⁷ Obwohl er überzeugter Demokrat war, scheint seine Haltung zum italienischen Faschismus eher ambivalent gewesen zu sein. Gegenüber Harry Graf Kessler erwähnte Prittwitz im Frühjahr 1927, dass der italienische Faschismus ein »in vielen Einzelheiten interessanter Versuch [sei], den modernen Staat weiterzubilden«. Offensichtlich ließen er und die anderen Mitglieder der deutschen Botschaft sich von Mussolini beeindrucken, und auch das Verbot der italienischen Oppositionsparteien scheint Prittwitz nicht sonderlich gestört zu haben. Mussolini sei »ein wirklicher Denker«, schrieb er, die Methoden allerdings, mit denen er seine Ziele verfolge, die Gewalttätigkeit, seien bedenklich.⁸

Prittwitz befand sich auf einer Urlaubsreise, als ihn Ende Oktober 1927 die Aufforderung erreichte, er möge schleunigst zu einer Besprechung mit Außenminister Gustav Stresemann nach Berlin kommen. Andeutungen, dass er als Botschafter nach Washington gehen sollte, hatten die Nachricht begleitet. In Berlin wurden die Hinweise zur Gewissheit. Prittwitz war erst 43 Jahre alt und hatte bis dahin schon eine glänzende Karriere absolviert. Für den Posten des

Botschafters in den Vereinigten Staaten war er allerdings nicht die erste Wahl Stresemanns, sondern wurde in einer Ministerbesprechung am 26. Oktober 1927 nur als Eventualkandidat gehandelt. Nachdem Ago von Maltzan, der Vertreter Deutschlands in den Vereinigten Staaten, während eines Heimaturlaubs bei einem Flugzeugabsturz am 23. September 1927 ums Leben gekommen war, musste rasch ein Nachfolger für den wichtigen Posten jenseits des Atlantiks gefunden werden. Favorisiert war der kaum ein Jahr zuvor als Botschafter nach Madrid entsandte Johannes Bernhard Graf von Welczeck; der hatte das Angebot jedoch abgelehnt.⁹

Dass die Wahl auf Prittwitz fiel – den Stresemann für »eines unserer besten Pferde im Stall« hielt¹⁰ –, sorgte für scharfe Kritik und Interventionen bei Reichskanzler Wilhelm Marx aus den Reihen der konservativen Kabinettsmitglieder. Reichsinnenminister Walter von Keudell von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) regte am 4. November in einer Kabinettsvorlage aus diesem Anlass sogar an, die Entscheidungsgewalt des Reichspräsidenten über die Wahl seiner Vertreter im Ausland einzuschränken und zukünftig das Kabinett über die Ernennung von Botschaftern entscheiden zu lassen.¹¹ Hindenburgs Entrüstung über diesen Vorschlag mag mit dazu beigetragen haben, dass er auch den Einwänden des Vorsitzenden der DNVP, Kuno Graf von Westarp, nicht nachgab. Dieser hatte direkt bei Hindenburg gegen die Entsendung von Prittwitz in die Vereinigten Staaten protestiert, der ein Demokrat und obendrein zu jung sei. Der Reichspräsident soll daraufhin sinngemäß entgegnet haben: »Dann passt er da ja gut hin, ich habe gehört, das ist ein demokratisches Land!«¹² Von diesen Auseinandersetzungen wusste man auch in der amerikanischen Botschaft in Berlin. Botschaftsrat DeWitt Clinton Poole schrieb nach Washington, dass Prittwitz intelligent und gut informiert sei. »Die Aristokraten-Clique hält ihn, wie Sie wissen, für einen Opportunisten, um es noch milde auszudrücken. Andere bescheinigen ihm unabhängiges Denken und Mut.«¹³

Prittwitz übernahm die Vertretung in den USA im November 1927 und widmete sich ungeachtet der offensichtlichen Opposition der Rechtskonservativen mit Enthusiasmus der neuen Aufgabe. Dank seiner geschäftsmäßigen, wenig prätentösen und im Umgang freundlichen Art sowie seiner ausgezeichneten Englisch- und Sachkenntnisse konnte er schnell gute Kontakte zu seinen Gesprächspartnern in den USA knüpfen. Noch lastete jedoch das Erbe des Ersten Weltkriegs auf den Beziehungen zwischen beiden Ländern. Über die Regulierung der Schadensansprüche amerikanischer Bürger, die durch die Angriffe deutscher U-Boote auf dem Atlantik während der Phase der Neutralität vor 1917

entstanden waren, wurde 1928 immer noch verhandelt. Auch die so genannten Sabotage Claims standen noch im Raum; hier ging es um Explosionen im Hafen von New York und einen Großbrand in New Jersey, in die möglicherweise deutsche Stellen und Agenten involviert gewesen waren. Trotz vieler Versuche der deutschen Seite, die Arbeit der Mixed Claims Commission, die sich der Regulierung der Ansprüche angenommen hatte, zu einem Abschluss zu bringen, zogen sich die Verhandlungen bis 1939 hin.¹⁴

Auf einer anderen Ebene konnte Prittwitz allerdings schon bald große Erfolge für die Außenpolitik Deutschlands verbuchen: mit dem Abschluss der Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge am 5. Mai 1928,¹⁵ die die friedliche Beilegung von Konflikten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten regelten, und mit dem Kellogg-Briand-Pakt zur Ächtung des Krieges einige Monate später.¹⁶ Die Abkommen führten, um es mit Prittwitz' Worten auszudrücken, »auch den breiteren Schichten der amerikanischen Öffentlichkeit« vor Augen, dass Deutschland wieder ein »gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie« war und eine verantwortliche Rolle in der internationalen Politik an der Seite der Vereinigten Staaten anstrebte. Für die deutsch-amerikanischen Beziehungen erwiesen sich die Verhandlungen um den Pakt, die Prittwitz mit Außenminister Frank B. Kellogg führte, und die sensible Unterstützung der sich entwickelnden amerikanischen Vorstellungen durch den Botschafter als wichtige Stationen der Annäherung.¹⁷

Aber als die innere Verfassung Deutschlands sich immer mehr von der Republik entfernte, als deren Vertreter Prittwitz entsandt worden war, wurden auch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern stark belastet. Der Botschafter machte nun kaum noch einen Hehl aus seiner Sorge und seinem Unmut. Nach der Wahl im September 1930, bei der die NSDAP zwar unerwartet hohe Stimmengewinne erzielen, die Regierung Heinrich Brüning sich aber halten konnte, schrieb er in einem Bericht an das Auswärtige Amt unverblümt, warnend, aber noch hoffnungsvoll, dass sich »die Ansichten [...] unserer hiesigen Freunde bestätigt [haben], [...] dass der gesunde Sinn des deutschen Volkes letzten Endes über diejenigen Elemente triumphieren werde, welche anstelle der bisher befolgten Politik einen katastrophalen Kurs zu steuern beabsichtigen«. Nachdem dann Brüning gestürzt worden war und Hindenburg Franz von Papen im Juni 1932 zum Reichskanzler ernannt hatte, machte der Botschafter sein Entsetzen über die Entwicklung erstaunlich deutlich. Die Zusammensetzung des Kabinetts habe »eine weitgehende Beunruhigung ausgelöst [...] und dem hier allmählich neufundierten Kapital an Vertrauen und

freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland erheblichen Abbruch getan«, meldete er in einem Bericht nach Berlin. Den Amerikanern sei es zwar »im grossen und ganzen gleichgültig, nach welcher Façon andere Völker selig werden oder zur Hölle fahren wollen«, fuhr er unverblümt fort, sie hätten aber eine »Abneigung gegen Radikalismus« und »militärische Präponderanz in der Politik«. Die Hoffnung, dass die kommenden Reichstagswahlen »weder zu einer Stärkung der Reaktion noch zu einem Sieg des Radikalismus« führen würden, mag tatsächlich dem amerikanischen Meinungsbild entsprochen haben, aber diese Einschätzung spiegelte auch die Sorgen und Befürchtungen des Botschafters passgenau wider.¹⁸

Die Hoffnung, bei den nächsten Wahlen werde sich die Situation wieder zum Besseren wenden, zerschlug sich. Die Nationalsozialisten wurden am 31. Juli 1932 stärkste Partei. Die geringen Stimmenverluste der Nationalsozialisten bei der darauffolgenden Reichstagswahl am 6. November wirkten kaum beruhigend, denn durch die Stimmengewinne der Deutschnationalen und der Kommunisten wurde deutlich, dass sich die radikale Tendenz verstetigt hatte. Dass er bei dieser zunehmend antidemokratischen politischen Ausrichtung der deutschen Politik nur noch ein Botschafter auf Zeit war und damit rechnen musste, bald in ein Revirement bei den diplomatischen Vertretungen einbezogen zu werden, war Prittwitz bewusst. Er hatte Stresemanns politische Linie gegenüber den USA auch nach dessen Tod weiter fortführen können, aber schon seit von Papen Reichskanzler geworden war, war sein Verbleib in Washington mehr als unsicher.

Prittwitz harnte auf seinem Posten aus, obwohl er von den Erwägungen wusste, ihn nach den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 1932, spätestens aber nach der Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten im März 1933 aus der amerikanischen Hauptstadt abzuziehen.¹⁹ Er blieb auch, als Hindenburg durch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler die Macht an die Nationalsozialisten übergab, und hoffte, dass sich die vorsichtige Tendenz der Stimmenverluste der NSDAP bei der Wahl am 5. März 1933 fortsetzen würde. Im fernen Washington über die politische Realität und die brutale Machtausübung der Nationalsozialisten nur unzureichend informiert, ging er davon aus, dass die demokratischen Institutionen noch intakt waren, dass die demokratischen Parteien wieder gestärkt würden und dadurch ein Umschwung in der politischen Ausrichtung Deutschlands herbeigeführt werden könnte. Das deutsche Volk, glaubte er, würde sich nach den Erfahrungen der vergangenen Wochen vom linken wie rechten Radikalismus abwenden.²⁰ Den-

noch riet er Lion Feuchtwanger, der am 30. Januar 1933 Gast des Botschafters war, davon ab, nach Deutschland zurückzukehren.²¹

Unmittelbar nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, in denen die nationalsozialistische Regierung bestätigt wurde, waren Prittwitz' letzte noch verbliebene Hoffnungen zerstoßen. Er muss innerlich darauf vorbereitet gewesen sein, denn bereits am 6. März, nachdem das Wahlergebnis bestätigt worden war, telegrafierte er an Außenminister Constantin Freiherr von Neurath, dass er »[a]ngesichts der innenpolitischen Entscheidung in Deutschland« sein Amt zur Verfügung stelle.²² Dass dies keine Floskel, keine der Form Genüge tuendes Angebot war, sondern eine wohlüberlegte, konsequente Entscheidung gegen das nationalsozialistische Regime, machte er in einem weiteren Telegramm an von Neurath deutlich, das er wenige Tage später absandte. Neurath hatte ihn um Geduld gebeten, und Prittwitz zeigte Verständnis dafür, dass der Außenminister einen günstigen Zeitpunkt bei Hindenburg abwarten wolle, um diesem von dem Rücktritt zu berichten, er drängte den Außenminister aber, dies möglichst bald zu tun.

»Ueber fuenf Jahre lang habe ich die deutsche Sache in den Vereinigten Staaten nach bestem Koennen und Gewissen vertreten«, telegrafierte er. »Getreu meiner Stellung als Berufsbeamter habe ich waehrend dieser Zeit niemals Sonderinteressen irgendwelcher Art in den Vordergrund gestellt und lediglich versucht[,] meinem Vaterlande zu dienen. Allerdings habe ich waehrend meiner hiesigen Taetigkeit [...] niemals einen Hehl aus meiner allgemein-politischen Einstellung gemacht, die im Boden einer freiheitlichen Staatsauffassung und den Grundprinzipien des republikanischen Deutschlands wurzelt. Meine bescheidene Mitarbeit an dem politischen Wiederaufbau der letzten Jahre hat sich daher stets in einem Geiste vollzogen, der nach Ansicht fuehrender Mitglieder der jetzigen Reichsregierung zu verurteilen ist. Sowohl aus Gruenden des persoelichen Anstandes wie solchen der sachlichen Aufgaben kann ich daher hier nicht mehr mit Erfolg wirken.«²³

Prittwitz mühte sich bis Mitte April 1933, als er Washington verließ, um die deutsch-amerikanischen Beziehungen und legte seinen amerikanischen Partnern, beinahe bis an die Grenze der Selbstverleugnung, aber getreu seinem Selbstverständnis als Berufsbeamter eine gute Zusammenarbeit mit den Machthabern in Berlin ans Herz. Er weigerte sich allerdings beharrlich, die Hakenkreuzfahne auf der Botschaft zu hissen, selbst dann noch, als der Erlass des Reichspräsidenten vom 12. März 1933 dies anordnete. Von der amerikanischen Öffentlichkeit verabschiedete er sich mit einem langen Artikel auf der Titelseite

der *New York Herald Tribune*, »Farewell to Diplomacy«, »von F. W. von Prittwitz und Gaffron, der aus Mangel an Sympathie für das Hitlerregime heute sein Amt als Deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten niederlegt«. ²⁴

Entgegen der allgemeinen Erwartung wählte der Botschafter nicht das Exil in den USA, sondern kehrte trotz hoher persönlicher Risiken nach Deutschland zurück. Auf formelle Korrektheit achtend, verabschiedete er sich bei Neurath und auch bei Hitler, der ihn »wie einen fremden Diplomaten« zu behandeln schien und den er als »eher schuechtern« erlebte. Der Reichspräsident verzichtete auf seine persönliche Meldung. ²⁵

Zurück in Berlin, verhehlte Prittwitz bei Empfängen und Unterredungen seine Abneigung gegen die Nationalsozialisten und die innenpolitische Entwicklung in Deutschland keineswegs. Führende Nationalsozialisten wurden bald auf den prominenten Kritiker aufmerksam, und der amerikanische Botschafter William E. Dodd hörte im September 1933 davon, dass Prittwitz möglicherweise verhaftet werden würde. ²⁶ Prittwitz war sich der Gefahr bewusst, nahm sie aber offensichtlich in Kauf. Auch als Josias zu Waldeck-Pyrmont, der die Parteilinie der NSDAP in den Jahren 1933 und 1934 in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes vertrat, ²⁷ ihm Prügel androhte, wenn er sich weiter bei Empfängen blicken lassen würde, wich er nicht zurück. Prittwitz, durch Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes gewarnt, stellte ihn zur Rede und wurde nicht weiter belästigt. ²⁸ Aus dieser gefährlichen Situation Konsequenzen zu ziehen und zum Beispiel in die USA zu emigrieren, hat er offensichtlich nicht erwogen.

Prittwitz ist am 18. Juli 1933 in den dauernden Ruhestand versetzt worden. Er bezog eine Pension und lebte zunächst in Berlin. Nachdem er dort ausgebombt worden war, zog er mit seiner Ehefrau, Marieluise Gräfin von Strachwitz und Groß-Zauche, und Tochter Marie-Elisabeth nach Tutzing bei München, wo er das Kriegsende erlebte. ²⁹

Für die historische Forschung über den Widerstand gegen das NS-Regime ist die Frage von Belang, welche Bedeutung dieser Rücktritt hatte. War dies ein Akt des individuellen Widerstandes, hatte Prittwitz resigniert und warf desillusioniert dem NS-Regime den Botschafterposten vor die Füße? Oder wollte er mit seiner Demission eine größere Wirkung erzielen und ist damit gescheitert? In der Literatur wird Prittwitz' Demissionierung zwar erwähnt, aber zumeist nur cursorisch behandelt, ³⁰ und in den Erinnerungen wichtiger Wegbegleiter wie Theodor Heuss oder Heinrich Brüning und Toni Stolper taucht Prittwitz nicht auf. ³¹ Von Außenminister Joschka Fischer wurde er bei der Feierstunde am 19. Juli 2000 zwar beiläufig erwähnt, der große Konferenzsaal in der deutschen

Botschaft in Washington trägt, wie eingangs erwähnt, seit 2002 seinen Namen, und in der Broschüre »Zum Gedenken«, die das Auswärtige Amt im Januar 2011 herausgab, taucht sein Name auf. Aber in der Liste der von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zusammengestellten online-Biographien deutscher Widerständler sucht man ihn vergebens.³² Es könnte sich also anbieten, Prittwitz' Demission als schlichte private »Verweigerung« zu werten. Oder, wie Günter Moltmann vor zwei Dekaden urteilte: »[E]r entschied sich zum Boykott, übte Abstinenz, meldete sich sozusagen ab, entzog sich der Mittäterschaft, ging in die Isolation.«³³ Es gibt jedoch Quellen, die starke Zweifel an der These von der inneren Immigration nahelegen: Prittwitz schreibt in seinen 1952 veröffentlichten Erinnerungen von der Hoffnung, dass die Botschafter in Frankreich und England, Roland Köster und Leopold von Hoesch, die ihm in ihrer demokratischen Grundüberzeugung nahestanden, ihm nachfolgen und sich gleichfalls den neuen Machthabern verweigern würden. Er habe darüber mit Albrecht Graf von Bernstorff gesprochen, als dieser in Southampton an Bord des Schiffs kam, mit dem die Familie Prittwitz nach Deutschland zurückkehrte.³⁴ An einer anderen Stelle schreibt er von der »schwere[n] Enttäuschung, die mir Bülow als Mensch durch sein Verbleiben im Amt nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus« bereitet habe.³⁵ Das ist ein für Prittwitz sehr uncharakteristisch scharfes Urteil über einen langjährigen Freund und Weggefährten, der zudem mehr als fünfzehn Jahre zuvor verstorben war.

Die Mechanismen – auch die unbewussten –, die bei der Konstruktion der eigenen Vergangenheit – gerade in Autobiographien – wirken, sind bekannt, und Historiker sind immer wieder gut beraten, solche Ego-Dokumente nur mit scharfer Quellenkritik zu nutzen. Bei einer kritischen Betrachtung der Erinnerungen des ehemaligen Botschafters fällt aber schnell auf, dass hier eher sachlich die Lebensstationen abgearbeitet werden, dass Prittwitz sich zur Enttäuschung mancher Rezensenten mit Urteilen und Einschätzungen sehr zurückhält.³⁶ Paul Kluge, der die Autobiographie 1954 für die *Historische Zeitschrift* rezensierte und in seinem Urteil unverdächtig ist, spricht dem Buch »ehrenhafte Sachlichkeit« und »bescheidene Zurückhaltung« zu.³⁷ Dennoch: Die vielen Versuche nach 1945, Verstrickungen in das NS-Regime zu relativieren oder sich selbst eine Widerstandsbiographie anzudichten sind legendär. Briefwechsel zwischen Prittwitz und Hoesch, Köster und Bülow in dieser Sache sind nicht überliefert. Was verbirgt sich also hinter diesen knappen Sätzen in den Memoiren des Botschafters?

Einige Aussagen gegenüber Walter Jessel (Office of Chief of Counsel for War Crimes) im Oktober 1947, also fünf Jahre vor der Veröffentlichung der

Memoiren, sind ein wichtiger Beleg dafür, dass Prittwitz nicht erst in seiner Autobiographie zum Widerständler wurde. Er spricht bereits hier davon, dass er versucht habe, einen passiven Widerstand der Botschafter durch gleichzeitige Demissionen zu organisieren. In der eidesstattlichen Erklärung versichert er, davon ausgegangen zu sein, dass dann »eine große Anzahl der deutschen Missionschefs meinem Beispiel folgen und ebenfalls den Dienst verlassen wuerden«. Seine Versuche, einige Kollegen »in diese Richtung zu beeinflussen[,] schlugen fehl«, weil die meisten der »Parole[,] die Herr von Neurath [...] ausgegeben hatte«, gefolgt seien, dass »man im Dienst bleiben muesse[,] ›um schlimmeres zu verhueten«. Prittwitz hielt dies »fuer grundfalsch«. Im Frühjahr 1933 sei der »psychologische Moment« da gewesen, »den Trennungsstrich zwischen den verfassungstreuen Kreisen und den Nazis zu ziehen«. Er plädierte 1933, als die Machtposition der Nationalsozialisten noch nicht endgültig konsolidiert gewesen sei, für einen »passive[n] Widerstand«. ³⁸

Dass Prittwitz noch im März 1933 glauben konnte, die Nationalsozialisten ließen sich wieder von der Macht verdrängen, fußte auf Informationen, die er durch von Bülow erhielt, der als Staatssekretär das Auswärtige Amt im Wesentlichen leitete. In Washington war Prittwitz Anfang 1933 abgeschnitten von detaillierten und vertraulichen Informationen, die man zwar im Auswärtigen Amt in Berlin, aber kaum in den USA gewinnen konnte. Prittwitz gehörte zu den wenigen Duz-Freunden von Bülows. Die gemeinsame Zeit in der »Gesellschaft des 16. September« hatte eine Beziehung entstehen lassen, die ihn offensichtlich gerade in politischen Dingen den Analysen und Beurteilungen dieses Freundes tief vertrauen ließ. In den Briefen, mit denen sich Prittwitz Ende März 1933 von den deutschen Konsuln in den USA verabschiedete, nachdem bekannt geworden war, dass Hans Luther ihn ablösen würde, wird diese Hoffnung, dass die Situation in Deutschland sich noch zum Guten wenden könne, noch einmal ganz deutlich. Prittwitz zitierte in allen Briefen die Passage aus dem Telegramm an von Neurath, in der er davon sprach, dass er es aufgrund der innenpolitischen Entscheidungen in Deutschland als seine Pflicht ansehe, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus klingt immer wieder die Hoffnung an oder wird sogar deutlich ausgesprochen, dass »die vernünftigeren Elemente in den regierenden Parteien die Oberhand gewinnen und allmählich Deutschland wieder in einen Zustand gesetzlicher Ordnung zurückgeführt wird«. ³⁹

Noch am 6. Februar 1933 hatte Bülow an Prittwitz einen beruhigenden Brief geschrieben, in dem er spekulierte, dass die »Möglichkeit einer Verbreiterung der Regierungsbasis« nach der kommenden Wahl bestehe, wenn die Regierung die

absolute Mehrheit nicht erhalte. Aber »zum mindesten theoretisch« bestehe »auch die andere Möglichkeit einer Außerachtlassung gewisser Verfassungsbestimmungen«, eine Entwicklung, die er sich jedoch »heute nur schwer vorstellen« könne.⁴⁰ Zu diesem Zeitpunkt war jedoch längst in Ministerbesprechungen zwischen Hitler und Papen beschlossen worden, dass die Wahl am 5. März die letzte freie Wahl sein und das parlamentarische System aufhören würde zu existieren. Dass von Bülow davon keine Kenntnis hatte, ist kaum vorstellbar. Prittwitz konnte also, vertrauend auf Bülows Fehlinformation, auch nach dem 5. März 1933 davon ausgehen, dass die Wähler noch eine weitere Gelegenheit haben würden, ihre fatale Entscheidung vom 5. März bei einer weiteren Wahl zu revidieren, dass ein starkes Signal gegen die Nationalsozialisten das Ruder noch herumreißen könnte.

Mit seinem in den Vereinigten Staaten medienwirksam propagierten Rücktritt hoffte Prittwitz ganz offensichtlich, ein solches Signal zu geben, denn sein langer Artikel in der *New York Herald Tribune* vom 15. April 1933 entspricht so gar nicht den Gepflogenheiten bei einem einfachen Botschafterwechsel. Prittwitz konnte sicher sein, dass über den Artikel in der internationalen Presse, zumindest aber in Deutschland berichtet werden würde. Es war ein Signal also auch an Berlin, an seine Kollegen im Auswärtigen Amt und in den Botschaften. Indem der Botschafter seine Demission so ungewöhnlich und prominent öffentlich machte, verschaffte er sich und seiner Familie zugleich einen gewissen Schutz vor Vergeltung nach der Rückkehr in sein Heimatland.⁴¹ Er wagte diesen Schritt, trotz drohender Repressalien, weil er von Köster, Hoesch und insbesondere von Bülow erwartete, dass sie ihm nachfolgen und sich dann wohl auch weitere Kollegen in den passiven Widerstand einreihen würden. Prittwitz' Rücktritt wäre dann keinesfalls ein Schritt in die selbst gewählte Isolation gewesen, sondern hätte vor den Augen der Weltöffentlichkeit das Signal zum passiven Widerstand des Diplomatischen Dienstes gegeben. Die Rückkehr nach Deutschland, sogar die Vorstellung bei Reichskanzler und Reichspräsident, waren dementsprechend genau kalkulierte Schritte, die nicht nur dem Umstand geschuldet waren, dass er eben »sehr deutsch« gewesen sei, wie später vermutet wurde.⁴²

Prittwitz fühlte sich in den USA wohl und hatte schon 1933 Freunde und Bekannte wissen lassen, dass er des Öfteren geschäftlich oder zu Vorträgen nach Nordamerika zurückkehren wolle. Viele seiner Bekannten dort wie auch in Deutschland wunderten sich, dass er überhaupt nach Deutschland zurückging. »Man läßt sein Land nicht im Stich, weil es eine schlechte Regierung hat«, soll Bülow gesagt haben, und Prittwitz hat diese Einstellung geteilt. Ein häufig auf-

gemachter Gegensatz ist hier fehl am Platz. Nur die Konsequenzen waren jeweils andere: Während von Bülow sich im März 1933 bereits darauf eingestellt hatte, dem Regime zu dienen, »um Schlimmeres zu verhindern«, wagte Prittwitz einen Versuch, die schlechte Regierung abzusetzen, bevor es für Deutschland zu spät war.

Prittwitz war sicher, dass er aus Washington abberufen werden würde. Nur wenn er diesem Schritt zuvorkam, konnte er etwas bewegen, Momentum kreieren. Hätte er abgewartet, bis die neue deutsche Regierung etwas gegen ihn unternahm, wäre ein nachfolgender Protest schnell als enttäuschte Reaktion eines abgehalfterten Diplomaten abgetan worden. Albrecht von Bernstorff hat sich genau diese Frage gestellt, als er sich in London mit Botschafter von Hoesch darüber austauschte, wie man auf die neue Entwicklung in Berlin reagieren solle. Hoesch wollte offensichtlich keinen Zündstoff für eine neue Dolchstoßlegende liefern, wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, »man [sei] der ›nationalen‹ Bewegung in den Rücken« gefallen. Als einzige Alternative konnten sich beide nur vorstellen, »sich abhalftern zu lassen«. Einfach hinnehmen wollte Prittwitz diese auch für ihn absehbare Entwicklung offensichtlich nicht und ging in die Offensive. Wäre Prittwitz im Frühjahr 1933 in den USA geblieben, dann wären er und seine Familie in Sicherheit gewesen. Sein implizierter Aufruf zum passiven Widerstand der Botschafter und der Mitglieder des Diplomatischen Dienstes aber, da konnte er sicher sein, wäre dann schnell verpufft.⁴³

All diese Interpretationen wären Glasperlenspielereien, wären eine Hypothese auf recht unsicherem Fundament, wenn sie allein auf Prittwitz' Memoiren und seiner Aussage vom Juli 1947 beruhten. Es gibt jedoch weitere Hinweise, davon einen aus der Feder Bülows, die diesen Überlegungen erhebliche Substanz verleihen: Peter Krüger und Erich Hahn haben bereits 1972 in ihrem Aufsatz über den Loyalitätskonflikt Bülows den Entwurf eines Rücktrittsgesuchs des Staatssekretärs abgedruckt, das im Sommer 1933 verfasst, aber nie abgesandt wurde. Hier spricht Bülow davon, dass er zurücktreten wolle, und nennt als weitere Kandidaten für den freiwilligen Rücktritt neben dem Botschafter in Moskau, Herbert von Dirksen, auch Köster und Hoesch. Dass Bülows Rücktrittsgesuch in keinerlei Zusammenhang mit Prittwitz' Rücktritt gestanden hat, ist kaum anzunehmen, zumal sich von Bülow auch nach seinen Ruhestandsbezügen erkundigte und dabei das Beispiel Prittwitz nannte. Bülow allerdings argumentiert in seinem Rücktrittsgesuch von einer ganz anderen Warte als Prittwitz es getan hatte. Während Prittwitz die Unvereinbarkeit seines festen Eintretens für eine freiheitlich-republikanische Grundordnung mit den Vorstellun-



Jan Erik Schulte, Michael Wala

Widerstand und Auswärtiges Amt

Diplomaten gegen Hitler

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 352 Seiten, 15,0 x 22,7 cm
ISBN: 978-3-8275-0015-1

Siedler

Erscheinungstermin: Oktober 2013

Mittäter, Mittläufer, Widerständler – Deutsche Diplomaten im „Dritten Reich“

Während der Zeit des Nationalsozialismus trugen die meisten Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes die Politik des Regimes mit, aber es gab auch Gegner der NS-Herrschaft unter ihnen. Zum ersten Mal zeigt dieser Band die unterschiedlichen Facetten des Widerstands unter Hitlers Diplomaten und bietet anhand von individuellen Beispielen eine Gesamtschau auf die Protagonisten und deren Handlungsweisen.

Unmittelbar nach Kriegsende entstand der Mythos eines im Auswärtigen Amt weit verbreiteten Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime. Jüngere Forschungen haben jedoch gezeigt, wie wenig verwurzelt der Widerstand unter Hitlers Diplomaten tatsächlich war und wie schwierig es ist, eine klare Grenze zwischen Mittäter und Widerständler zu ziehen. Eine geschlossene Opposition »des« Auswärtigen Amtes gegen Hitler hat es nicht gegeben, wohl aber einen Widerstand, bei dem einzelne Angehörige oder Pensionäre des Amtes mit Mitgliedern anderer Widerstandszirkel außerhalb des diplomatischen Dienstes konspirierten. Neben prominenten Figuren des Attentats vom 20. Juli 1944 und Ernst von Weizsäcker widmet sich das Buch vor allem den vergessenen Widerstandskämpfern sowie der Phase der Aufarbeitung nach 1945 und den erinnerungspolitischen Herausforderungen.